

Interview J. W. Stalins an die „Prawda“

Eine notwendige Antwort auf die aggressive Rede des eingefleischten Tory Churchill in Fulton

In diesen Tagen wandte sich einer der Korrespondenten der „Prawda“ an Stalin mit der Bitte, eine Reihe von Fragen, die im Zusammenhang mit der Rede Churchills stehen, zu klären. Stalin gab die entsprechenden Erklärungen, welche nachstehend in Form von Antworten auf Fragen des Korrespondenten angeführt werden.

Frage: Wie schätzen Sie die letzte Rede Churchills ein, die er in den Vereinigten Staaten von Amerika hielt?

Antwort: Ich schätze sie als einen gefährlichen Akt ein, der zum Ziele hat, Zwietracht zwischen den verbündeten Staaten zu stiften und ihr Zusammenarbeiten zu erschweren.

Frage: Muß man damit rechnen, daß die Rede Churchills der Sache des Friedens und der Sicherheit Schaden zufügt?

Antwort: Ja, unbedingt. Im Grunde genommen nimmt Churchill jetzt die Stellung der Kriegsbrandstifter ein, und Churchill sieht hierbei nicht allein — er hat nicht nur in England, sondern auch in den Vereinigten Staaten von Amerika Freunde.

Man muß bemerken, daß Churchill und seine Freunde in dieser Beziehung aufzufallen an Hitler und seine Freunde erinnern. Hitler begann die Entfesselung des Krieges damit,

daß er die Rassenlehre verkündete, indem er erklärte, daß nur Leute, die deutsch sprechen, eine vollwertige Nation darstellen. Auch Churchill beginnt die Entfesselung des Krieges mit einer Rassenlehre, indem er behauptet, daß nur Nationen, die englisch sprechen, als vollwertige Nationen anzusehen seien, die dazu berufen sind, über das Schicksal der ganzen Welt zu entscheiden. Die deutsche Rassenlehre führte Hitler und seine Freunde zu der Schlußfolgerung, daß die Deutschen als einzige vollwertige Nation über die übrigen Nationen der Welt herrschen müßten. Die englische Rassenlehre bringt Churchill und seine Freunde zu der Schlußfolgerung, daß die Nationen, die englisch sprechen, als einzige vollwertige über die übrigen Nationen der Welt herrschen müssen.

Im Grunde genommen stellen Churchill und seine Freunde in England und den USA den Nationen, die nicht englisch sprechen, eine Art von Ultimatum: Erkennen Sie unsere Herrschaft freiwillig an, dann wird alles in Ordnung sein, im entgegengesetzten Falle ist der Krieg unvermeidlich.

Aber die Nationen haben im Laufe von fünf Jahren eines harten Krieges ihr Blut für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder vergossen und nicht dafür, um die Herrschaft der

Hitlers durch die Herrschaft der Churchills zu ersetzen. Es ist deshalb durchaus wahrscheinlich, daß die Nationen, die nicht englisch sprechen und dabei die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung der Welt darstellen, mit einem neuen Sklaverei nicht einverstanden sein werden.

Die Tragödie Churchills besteht darin, daß er als eingefleischter Tory diese einfache und augenscheinliche Wahrheit nicht versteht.

Es ist unbezweifelbar, daß die Einstellung Churchills eine Einstellung für den Krieg ist, ein Aufruf zu einem Krieg gegen die UdSSR. Es ist ebenfalls klar, daß eine solche Einstellung Churchills nicht mit dem bestehenden Bündnisvertrag zwischen England und der UdSSR in Einklang steht. Zwar erklärt Churchill beifällig, um den Leser zu verwirren, daß die Dauer des sowjetisch-englischen Vertrages über gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit ohne weiteres bis zu fünfzig Jahren verlängert werden könnte. Wie soll man aber eine solche Erklärung Churchills mit seiner Einstellung zu einem Krieg mit der UdSSR, mit seiner Predigt zum Kriege gegen die UdSSR in Einklang bringen? Es ist klar, daß man beides auf keine Weise vereinen kann. Und wenn Churchill, der zu einem Krieg mit der Sowjetunion aufruft, es gleichzeitig für

möglich hält, die Dauer des englisch-sowjetischen Vertrages bis zu fünfzig Jahren zu verlängern, so bedeutet das, daß er diesen Vertrag für einen einfachen Papierfetzen hält, den er lediglich dazu braucht, um sich zu decken und seine antikommunistische Einstellung zu tarnen. Deshalb darf man die tüchtigsten Erklärungen der Freunde Churchills in England über die Verlängerung der Dauer des sowjetisch-englischen Vertrages bis zu fünfzig Jahren und mehr nicht ernst nehmen. Die Verlängerung der Vertragsdauer hat keinen Sinn, wenn eine der Parteien den Vertrag verletzt und ihn in einen einfachen Papierfetzen verwandelt.

Frage: Wie beurteilen Sie den Teil der Rede Churchills, in dem er über das demokratische Regime unserer europäischen Nachbarstaaten herfällt und das gute nachbarliche Einvernehmen kritisiert, welches zwischen diesen Staaten und der Sowjetunion besteht?

Antwort: Dieser Teil der Rede Churchills stellt eine Mischung von Elementen der Verleumdung mit Elementen der Grobheit und Taktlosigkeit dar.

Herr Churchill behauptet, daß „Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest, Sofia, alle diese berühmten Städte und Bevölkerungen in diesen Gebieten, sich in der Sowjetsphäre befinden und in der einen oder anderen Form nicht nur dem sowjetischen Einfluß unterliegen, sondern in hohem Maße auch einer sich vergrößernden Kontrolle Moskaus“. Churchill qualifiziert dies alles als grenzenlose „expansionistische Tendenzen“ der Sowjetunion.

Es ist nicht schwer, zu zeigen, daß hierin Churchill groß und überschämig sowohl Moskau als auch die oben erwähnten Nachbarstaaten der UdSSR verleumdet.

Erstens ist es völlig absurd, über eine ausschließliche Kontrolle von seitens der UdSSR in Wien und Berlin zu sprechen, wo es alliierte Kontrollräte aus Vertretern der vier Staaten gibt und wo die UdSSR nur ein Viertel der Stimmen besitzt. Es kommt vor, daß manche Menschen das Verleumdung nicht unterlassen können, aber man muß immerhin Maß halten.

Zweitens darf man folgenden Umstand nicht vergessen: Die Deutschen unternahmen eine Invasion in die UdSSR durch Finnland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn. Die Deutschen vermochten die Invasion durch diese Länder durchzuführen, weil damals in diesen Ländern Regierungen bestanden, die der Sowjetunion feindlich gesinnt waren. Als Resultat dieser deutschen Invasion hat die Sowjetunion in den Kämpfen mit den Deutschen und durch die deutsche Besetzung sowie Verschleppung von Sowjetmännern in die deutsche Zwangsarbeit unwiederbringlich etwa sieben Millionen Menschen verloren. Andererseits hat die Sowjetunion an Menschen um ein Vielfaches mehr als England und die Vereinigten Staaten von Amerika zusammen verloren. Es ist möglich, daß man hier und da geneigt ist, diese kolossalen Opfer des Sowjetvolkes, die die Befreiung Europas und anderer Länder von der Vergessenheit zu überliefern. Die Sowjetunion kann sie aber nicht vergessen. Es fragt sich: Ist es verwunderlich, daß die Sowjetunion in dem Wunsch, sich für die Zukunft zu sichern, danach strebt, daß in diesen Ländern Regierungen bestehen, die zur Sowjetunion loyal eingestellt sind? Wie kann man, ohne wahnsinnig zu sein, diese friedlichen Bestrebungen der Sowjetunion als Expansions-tendenzen unseres Staates darstellen?

Churchill behauptet ferner, daß die polnische Regierung, die sich unter der Herrschaft der Russen befindet, zu gewaltigen und ungerechten Ansprüchen gegenüber Deutschland angestiftet wird.

Hier ist jedes Wort eine grobe und beleidigende Verleumdung. Das demokratische Polen von heute wird von hervorragenden Menschen geleitet. Sie haben durch die Tat bewiesen, daß sie die Interessen und die Würde ihres Vaterlandes auf solche Art zu verteidigen wissen, wie Hitlerjoch sicher nicht gewußt haben. Welchen Grund hat Churchill, zu behaupten, daß die Leiter des heutigen Polen in ihrem Lande die „Herrschaft“ der Vertreter irgendwelcher ausländischen Staaten zulassen können? Verleumdet hier Churchill die Russen nicht etwa darum, weil er die Absicht hat, den Samen der Zwietracht in die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion zu säen?

Churchill ist nicht zufrieden, daß Polen in seiner Politik eine Schwenkung auf die Seite der Freundschaft und des Bündnisses mit der UdSSR gemacht hat. Es gab eine Zeit, als in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und der UdSSR die Elemente von Konflikten und Gegensätzen vorherrschten. Dieser Um-

„Wir werden ihr Werk fortsetzen“

Ueberraschende Trauerkundgebung in Maritz Brautzsch und Wilhelm Leimer — Starke Anteilnahme der Bevölkerung

Eine einzigartige Demonstration der Anteilnahme und Sympathie nicht nur der hallischen, sondern der Bevölkerung unserer ganzen Provinz war die letzte Fahrt der von feiger Meuchelhand ermordeten Genossen Martha Brautzsch und des Genossen Wilhelm Leimer. Unzählige Männer und Frauen unserer Stadt und aus vielen Orten der Provinz waren gekommen, um den Feierlichkeiten beizuwohnen und den Toden das letzte Geleit zu geben. Die Provinzial- und Stadtverwaltung hatten Vertreter entsandt. Zahlreiche Abordnungen öffentlicher Organe, unberechenbare Vertretungen der Betriebe mit ihren unflotten Fahnen und Kränzen waren gekommen, um über den Tod hinaus ihre Verbundenheit mit der unerschrockenen Kämpferin für Demokratie und Sozialismus, mit der ersten Vertreterin des Kampfes für Frauenrechte einen sichtbaren Ausdruck zu geben. Nichts konnte die Verehrung, die Liebe und die allseitige Anerkennung für die Persönlichkeit und das Werk der devotengegangenen Streiterin überzeugender Beweis stellen als diese riesige Anteilnahme der Bevölkerung. Besonders zahlreich waren die Frauen in der Trauergemeinde vertreten. Der Name dieser aufrechten Aktivistin gegen Faschismus und Entrechtung der Werktätigen ist zum Symbol der Frauenbewegung der gesamten Provinz geworden. Einen Höhepunkt der Trauerfeier bildeten die schlichten Worte Irma Thälmanns, der Tochter des ermordeten Parteiführers der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, als Vertreterin des Zentralkomitees der KPD am Sarge sprach:

Lange vor der angesetzten Zeit stauten sich viele Tausende auf dem Universitätsplatz und in den Straßen, die der Trauerzug passieren mußte. Die Särge wurden von den Genossen Bernard Koenen und Bruno Böttge und den nächsten Mitarbeitern der Verschiedenen aus dem Parteibüro zu den Leichenwagen getragen. Dann formierte sich der mächtige Zug, in dem hinter den nächsten Angehörigen der Opfer, die Vertreter der Parteien und der Behörden und die nicht endenwollende Gemeinde der Trauernden folgten. Mit entblößtem Haupt ehrten die Menschen in den Straßen die Toten auf ihrer letzten Fahrt. Trauermusik begleitete den Zug zum Gertraudenfriedhof. Die weitwollende Feier in der Kapelle des Friedhofes fand durch das Gebet aus „Lohengrin“ eine erhebende Einleitung. Dann folgte die Rezitation „Ich bin das Schweiß, ich bin die Flamme“.

Genosse Koenen nahm anschließend das Wort zu seiner Gedenkrede. „Martha Brautzsch ist auf dem Kampfposten gefallen“, so sagte er, und in bewegten Worten kennzeichnete er den Verlust der durch den Tod dieser Kämpferin der Sache des Fortschritts und des Rechtes der Frauen entstandenen ist. Sie war Führerin im Kampf für den Sozialismus. Zehntausende wurden durch ihre Tatkraft durch ihre unermüdete Arbeit geweckt und in die Reihen der Kämpfer für die Ziele der Werktätigen geführt. Sie setzte ihr Leben ein für



die Einheit ihres Volkes. Deshalb soll ihr Tod uns Mahnung sein, alle Kraft dafür zu verwenden, daß nicht weitere Opfer gebracht werden müssen. Seit Jahrzehnten im Kampf war sie entschlossen im Hande, sicher und klar in ihrem politischen Urteil, aber auch in ihrem Urteil als Mensch. Nach zwölf Jahren Hitler-Faschismus hat sich in ihr die beste Tradition deutscher Arbeiterbewegung in die neue Zeit geteilt. Sie war nun von Aufgaben großen Ausmaßes gestellt. Was sie sagte, wird lange leben, es wird leben in unserer künftigen Arbeit.

Genosse Böttge sprach von der Verpflichtung, die uns aus dem Tode von Martha Brautzsch erwache. Es war ihr nicht vergönnt, den Tag der Einheit mitzuleben, wenn der Schlüssel zur Vergangenheit gezogen wird und sie Wegbereiterin für das hohe Ziel des Sozialismus. Martha Brautzsch hat Großes geleistet auf dem allgemeinen Weg zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. Die Frauenbewegung verliert in Aufschwung und die Kraft der Arbeiterbewegung wird durch die Arbeit ihrer Vorläuferinnen Mut, ihrer Lauterkeit und ihrer Zielstrebigkeit.

Genossin Irma Thälmann sprach im

Auftrage des Zentralkomitees der KPD und brachte besonders zum Ausdruck, daß wir nach dem grausamen Mord das Gelöbnis ausprechen, unsere Anstrengungen zu verstärken und alles einzusetzen im Kampf gegen die Feinde des deutschen Volkes.

Die Vertreterin des Provinzial-Frauen-ausschusses, Frau Schillert, hob die Unermüdetheit der Tätigkeit der ermordeten Genossin in der Frauenbewegung in der Provinz Sachsen hervor. Wir werden weiterarbeiten in Fortführung der großen Aufgaben im Sinne und im Geiste der Toten.

Genossin Frieda Koenen rief in eindringlicher Sprache die Trauerversammlung zu: „Ihre Stimme wirkt über das Grab hinaus. Wir werden ihr Werk fortsetzen, das ist unser Schwur.“

Abschließend sang der Chor „Laßt mir die Klage“, eine Vertonung von Händel. Dann senkten sich die Fahnen. Sie entboten einer Kämpferin den letzten Gruß, die zu früh von uns gegangen ist. Sie ehrten eine Frau und Sozialistin, die große Aufgaben im demokratisch-antifaschistischen Leben unserer Heimat und Deutschlands zu lösen berufen war. Die eindrucksvolle Trauerkundgebung klang aus mit dem Largo in g-moll von Corelli. Während der Raum sich langsam leerte, wurden immer neue Kränze auf die Särge gelegt, als Zeichen der Anteilnahme und Trauer der Bevölkerung einer ganzen Provinz.

Männer und Frauen der Arbeit

Die Kraft starker Gewerkschaften ist auch Eure Stärke. Alle Werktätigen reihen sich ein in den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund.

Vernehrung des Kriegsverbrechers Nr. 1

Der Nürnberg-Prozess

Nürnberg (SNB). Stille herrscht im Saal, die Gänge. Vor seinem Verteidiger aufgeführt, zum Zeugnisaussagen schreit. Göring ist bleich und seine Hände zittern. Nach der Eidesabgabe setzt er sich hin und beginnt, auf Befragen seines Verteidigers seine Ausführungen zu machen.

Nach einer kurzen Einführung berichtet er ausführlich über die Verhandlungen, die er bereits im Sommer 1932 über die Teilnahme der Nazis an der Räteregierung mit Papen führte. Diese Verhandlungen wurden von General Schleicher durchkreuzt.

Am 22. Januar 1933 wurde er plötzlich von Hitler aus Dresden nach Berlin gerufen. Am nächsten Tage hatte Göring eine Besprechung mit dem Sohn von Hindenburg, in welcher die endgültige Besetzung festgelegt wurde, Hitler zum Reichskanzler zu machen.

Die Verhandlungen über die Durchführung dieses Plans dauerten die ganze Woche an und verliefen, wie Göring sagt, teilweise sehr kritisch. Als sie endgültig zu scheitern drohten, erklärte Göring, daß Schleicher und Hammerstein im Begriff seien, einen Putsch zu begehen. Diese Mitteilung gab den Ausschlag für die endgültige Verurteilung der neuen Hitler-Regierung durch Hindenburg. Göring versucht, die Machtgreifung und

die Festigung der Macht durch die Nazis in die "legale" Vorgang einmünden zu lassen. Die Einrichtung der Gestapo und der Konzentrationslager "beruht", so Göring, auf der altbekannten Weise mit der kommunistischen Gefahr. Neben der Tatsache, daß die Kommunistische Partei über 6 Millionen Wähler hatte, führte er die hinsichtlich des Lebens über Bürgerkriegsvorbereitungen der Kommunisten ins Feld. "Die SPD, insbesondere ihre Mitglieder, sah sich nicht für so gefährlich an. Ich wollte schlagartig die kommunistischen Führer und Funktionäre festsetzen und ließ eine Liste aufstellen, die die wichtigsten Namen umfaßte. Ich suchte die wichtigsten festzusetzen, was es sich um viele Tausende handeln wird."

Göring gibt zu, daß Roheltsakte in den Lagern vorgekommen sind. Aber auch er behauptet noch einmal, daß er sich angeblich für die menschliche Behandlung der KZ-Häftlinge eingesetzt hätte.

In seinen weiteren Aussagen gibt Göring zu, die Machtgreifung mit allen Mitteln angestrebt zu haben.

Unter dem Begriff der "Herrenrasse" verstand er angeblich gar nichts, zum Führerprinzip jedoch hatte er immer eine positive Einstellung gehabt.

Das Vorgehen der Nazis gegen die Freien Gewerkschaften begründet Göring damit, daß die Gewerkschaften sowohl mit der Sozialdemo-

kratischen Partei als auch in Zusammenhang mit der kommunistischen Partei verbunden gewesen sind. Dieser Umstand war für das nationalsozialistische Deutschland "untragbar". Infolgedessen wurden die freie Gewerkschaftsbewegung vernichtet und die DAF geschaffen. Seine Rolle bei der Niederschlagung der sogenannten Röhm-Revolution versucht Göring so klein wie möglich darzustellen. Die meisten Exekutionen, so sagt er, seien in Süddeutschland vorgenommen worden, also außerhalb des Gebietes, für welches er selbst verantwortlich war. Die Exekutionen in der Ost- und Heideck sind die einzigen, die er in seiner Aussage zu rechtfertigen versucht. Alle anderen seien nur "Uebergrieffe" gewesen.

Er erklärt weiter, daß er selbst angeblich bei Hitler für die Einleitung der Röhm-Aktion eingetreten sei. Die Gründe für diese Aktion lagen, wie er sagt, darin:

daß Röhm sich mit Schleicher, Gregor Strasser und anderen kommunistischen Kreisen angeblich zu einem Putsch gegen Hitler verbunden hatte.

Göring stellt sich dem Gericht als Anhänger der Kirche vor, der es nie versäumt hat, an kirchlichen Zeremonien teilzunehmen. Er erklärt, die Politik möglichst aus der Kirche herauszubringen. Es war nur ein "rabulierer Teil" der Partei, der den Kampf gegen die Kirche auf eine "falsche Ebene" führte. Als Exponenten dieses "rabulierenden Teils" zitiert er Himmler und Bormann.

Über die Frage des Austritts Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz, der Austragung und Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bringt Göring die altbekannten abgedroschenen Argumente von der Verletzung der Vertragspflichten der "anderen".

Besonders eingehend beschäftigt er sich mit der Luftaufstellung. Er gibt zu, daß er sofort mit der Machtgreifung begann, eine geheime Luftaufstellung durchzuführen.

Zuerst wurden die primitivsten industriellen Voraussetzungen geschaffen und eine Erweiterung des Luftverkehrsnetzes über die verkehrstechnischen Notwendigkeiten hinaus durchgeführt. So entstand in fünf Jahren ein zweifelhafte Luftwaffe, die den anderen Mächten überlegen war.

Der Aufbau der Luftwaffe zog den Aufbau anderer Industrien, wie der Industrie der synthetischen Benzinergewinnung, der Aluminiumindustrie usw. nach sich. In ihrem Aufbau "wurde mit höchstem Nachdruck gearbeitet".

Göring spricht über die Schaffung von viermotorigen Bombern, die bereits in der Zeugnisaussage Kesslering eine Rolle gespielt hatten. Er sagt, die Tatsache, daß sie nicht geschaffen wurden, ist nicht darauf zurückzuführen, daß sie ausgebaut werden könnten. Das hätte sich auf keinen Fall gestört. Aber die produktionsmäßigen Voraussetzungen waren nicht vorhanden. Es fehlte an Aluminium. Zur Rheinlandbesetzung erklärt Göring, daß dies vorgenommen wurde mit sehr schwachen Kräften, die eine "programmatische Besetzung" darstellte.

Selbsthilfe sichert die Ernährung

Durch Hitlers verbrecherischen Krieg ist das deutsche Volk wirtschaftlich und ernährungs- und ernährungspolitisch in große Not geraten und wäre für uns verhängnisvoll, wenn wir auf eine Wunder oder auf Hilfe von außen warten wollten. Wir müssen uns selbst helfen und alle Möglichkeiten, die vorhanden sind, ausschöpfen.

Was ist zu tun? Wo gilt es den Hebel anzusetzen?

In unseren Betrieben und Arbeitsstätten liegt ein riesiges Kraft, die in der Lage ist, das Schicksal und die Zukunft Deutschlands in unserem Sinne zu gestalten. Der Ernst unserer Ernährungslage erfordert den Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte in den Dienst der Bodenbestellung und der Hilfe für die schwer arbeitende Landbevölkerung. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, daß kein Stück brauchbarer Boden unbestellt bleibt. Alles brachliegende Land muß der gärtnerischen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. In unserem schweren Kampfe gegen Hunger und Not können wir es uns keineswegs leisten, daß auch die kleinsten Stückchen Boden unbesockert bleibt.

Die Verploppung der Belegschaften in den Betrieben durch die Werkstätten ist gefährdet und wir schlagen unseren Kollegen folgende Maßnahmen vor:

1. Bildung von Selbsthilfe-Kommissionen in allen Betrieben.
2. Feststellung, wo in den Betrieben die Möglichkeit besteht, Anbauflächen zu schaffen

zur Sicherung der Werkverploppung. Besonders wichtig sind die Werkstätten, in denen es sich unbedingt zur Aufgabe machen, ihren Gemeinbedarf aus eigenen gärtnerischen bearbeiteten Gelände zu decken. Wo stehen, muß Aufteilung und Abgabe des Geländes an geeignete Kollegen erfolgen, um diese Weise jedem Quadratmeter Boden der Ernährung nutzbar zu machen.

3. Auch außerhalb des Fabrikgeländes besteht die Möglichkeit, Anbauflächen zur Sicherung der Werkverploppung anzulegen.

4. Selbsthilfe-Kommissionen in den Betrieben haben Aufstellungen über benötigten Samen und Saatgut an die Orts- bzw. Kreisbauernschaften zu stellen und die letzteren sollen sich mit den Behörden in Verbindung setzen und dafür Sorge tragen, daß schnellstens das benötigte Saatgut herbeigeholt wird.

Die deutschen Werktätigen müssen bedenken, daß durch den, Hitlerkrieg die Ernährungskrise nicht nur in unserer Heimat zur akuten Gefahr geworden ist, sondern daß in einer Reihe europäischer Länder ebenfalls Millionen Menschen der Gefahr des Verhungerns ausgesetzt sind. Wenn wir unsere Kräfte aufbringen und uns anstellen, die Betriebe für die Ernährungsaktion zu mobilisieren, dann wird es möglich sein, die auf den Lebensmittelnkräften zugeteilten Mengen bis zur nächsten-Ernte aufrecht zu erhalten.

Darum alle Kräfte ans Werk!

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund Rudolf Maisel

Die Bauernberatung läuft an

Seit kurzem läuft in der Provinz Sachsen die neue Bauernberatung an. Durch Vermittlung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen soll sie Alt- und Neubauern helfen, den an sie gestellten großen Anforderungen gerecht zu werden, höchste Erträge zu erzielen und so eine gute Ernte sichern helfen.

Die Träger des neuen Beratungsdienstes sind hauptsächlich von der Provinzialverwaltung bestellte Kreis- und Gebietsbauernberater. Die verantwortliche Leitung liegt bei dem Kreisbauernberater am Dienstort des Landrates. Er hat seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß in erster Linie die im Zuge der Bodenreform entstandenen Bauernhöfe in kürzester Frist in hoher Produktivleistung gebracht werden. Seine Beratungstätigkeit erstreckt sich nicht nur auf alle Betriebszweige, wie Ackerbau, Viehzucht, Landbautechnik, Obst- und Gemüsebau, sondern hat insbesondere auch das Genossenschaftswesen einzubeziehen und sich der landwirtschaftlichen Buchführung anzunehmen.

Die verantwortungsvolle Aufgabe des Kreisbauernberaters, die von ihm ständige Führungsnahme mit der Praxis im Aufbausein erfordert, bedingt die Freistellung von der Durchführung anderer Aufgaben der landwirtschaftlichen Beratung.

Auch an Papiererzeugnissen besteht ein außerordentlicher Bedarf in unserer neu aufblühenden Wirtschaft. Die Mitteldeutschen Papierwerke, welche Strohpapier, Pack- und Tütenpapier fabrizieren, verwenden hierfür als Rohstoffe Raps- und Getreidestroh, sowie Altpapier. Außerdem wird ein Teil der Ausgangsprodukte zu einseitiger und doppelseitiger Wellpappe, sowie fertigen Kartons weiter verarbeitet.

lichen Abteilung des Kreises. Dagegen sind ihm alle landwirtschaftlichen Unterlagen des Kreises zur Anwesenheit für die Beratung zur Verfügung zu stellen. Auch die praktische Berufsausbildung, insbesondere das landwirtschaftliche Lehrlingswesen, ist dem Kreisbauernberater übertragen. Damit wird die Bedeutung des Beratungswerkes auch für die Nachwuchsstrategie unterstrichen.

Der Kreisbauernberater teilt seinen Dienstbezirk in Beratungsbezirke ein, für die je ein Gebietsbauernberater namentlich eingestellt wird. Die Größe und Abgrenzung dieser Bezirke wird in erster Linie durch die Auswirkung der Bodenreform bestimmt. Diese Gebietsberatung sieht eine ständige Zusammenarbeit mit den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe vor. Ein Gebietsberater wird etwa 10 bis 15 dieser Vereinigungen mit ihren Mitgliedern betreuen können, so daß dem Kreisbauernberater je nach Größe und Struktur seines Kreises etwa 5 bis 10 Gebietsbauernberater zur Seite stehen müssen.

Frankfurt (Main) (SNB). Der Verkauf von Wein, Sekundum Spirituosen ist in Großhessen auf Befehl der amerikanischen Militärbehörden verboten worden.

Papier-Fabrikation im Steigen

Im Juni 1945 begann die Arbeiterschaft mit der Instandsetzung der Fabrik und Überholung aller Maschinen, so daß im Juli der Betrieb anlaufen konnte. Zunächst wurde in einer Schicht gearbeitet und täglich etwa 3500 kg Papier hergestellt. Nach Rückkehr der eingezogenen Belegschaftsmitglieder wurde die zweite Schicht und jetzt im März 1946 die dritte Schicht eingeführt.

Wenn die Fabrikation im Januar bereits 276 338 kg betrug, so konnten im Februar 287 317 kg erreicht werden. Nach dem Ergebnis der ersten Woche im März wird das Soll 315 000 kg nunmehr überschritten. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß jetzt auch Karton- und Dachpappenspinnerei hergestellt werden, welche bisher in der Produktion nicht vorgesehen waren.

Die Belegschaft, welche von 84 bereits auf 121 Mann gestiegen ist, ist fest reuless gewerkschaftlich organisiert.

Arbeitslager der landwirtschaftlichen Genossenschaften

Am 18. März 1946, 11 Uhr, findet im Halle (Saale) im Volkspark eine genossenschaftliche Arbeitstagung statt. Es wird über die geleistete Arbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften berichtet. Gleichzeitig werden Neuwahlen für die Organe der genossenschaftlichen Zentral-Initiative und des Verbandes der Landräten gemeldet. Die gewählten und von den Landräten gemeldeten Delegierten haben teilzunehmen.

Selbstmord Karl Haushofer

London (SNB). Wie der Londoner Rundfunk meldet, haben Karl Haushofer und seine Frau Selbstmord begangen. Karl Haushofer war Begründer der sogenannten "Geopolitik", einer pseudowissenschaftlichen Lehre, die geographische und politische Begebenheiten der deutschen Annektionspolitik nutzbar machten.

Neue französische Spanien-Note

London (SNB). Wie Associated Press meldet, erklärte ein Sprecher des Foreign-Office, daß England von Frankreich eine Note über die Lage in Spanien erhalten habe. Diese Note enthalte eine Klarstellung des französischen Vorschlags, die spanische Frage vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen.

Tagung des Sicherheitsrates verschoben

Neuyork (SNB). Wie "United Press" meldet, ist die Zusammenkunft des Sicherheitsrates der UNO auf den 25. März verschoben worden. Dies gab der Chlene Benjamin Cohen, assistierender Generalanwalt der UNO, der mit dem öffentlichen Informationsdienst betraut ist, bekannt. Cohen sagte der Aufsichtserfolge wegen Transport- und Flugschwierigkeiten.

Streik bei General-Motors beendet

Detroit (SNB). Einer Restemderung zufolge ist der 103tägige Streik von 173 000 Arbeitern der General-Motors-Werke auf der Grundlage von 10 1/2 Cent Lohnerhöhung pro Stunde beigelegt.

Die neue indonesische Regierung

Batavia (SNB). Wie der amerikanische Nachrichtenendienst meldet, gab der indonesische Ministerpräsident Dr. Schahir die Zusammensetzung der neuen indonesischen Regierung bekannt. Das Kabinett besteht aus 17 Mitgliedern. Elf Minister wurden aus dem früheren Kabinett übernommen. Schahir bekleidet selbst den Posten des Außenministers. Eine Frau, Maria Ulfah Santoso, bekleidet den Posten des Ministers für soziale Angelegenheiten.

Verlag und Druck: "Vollblatt", Druckerei und Verlags-Gesellschaft, 100 Halle, G. Brunschwig, 1677, Tel. 56-80. 7901, Chefredakteur: Hugo Busch, Assistent: G. N. 7901, Redaktion: 100 Halle-S, G. Brunschwig, 1677, Tel. 56-80. Stamm-Nr. 7901 und 248 00. Redaktionschiffre: G. 82 280.

„Aber die Masse soll sich in die Wege geleiten, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie lehrt.“
Karl Marx: Inaugural-Adresse

DIE EINHEIT

„Im allgemeinen kann es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut.“
Friedrich Engels
Brief vom Gethner Programm

Organ des Organisations-Komitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Sachsen

Neue Aufgaben - neue Wege der Einheitspartei

Nachstehend folgt die Fortsetzung des Leitartikels des Genossen Walter Ulbricht aus der letzten Nummer „Die Einheit“

Planung der Wirtschaft

Nun zur zweiten Frage, zu den Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaft, die uns aus der Katastrophe herausbringen und den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft auf einer neuen demokratischen Grundlage ermöglichen sollen.

Jeder von euch spürt täglich, wie groß die Not ist, die der Hitlerfaschismus über unser deutsches Volk gebracht hat. Ihr habt in den verschiedenen Gebieten durch eure Organisation der Volkssolidarität, durch die Organisation der Volkshilfe alles getan, damit die Not des Volkes gelindert wird, soweit es überhaupt möglich ist. Das war der erste große Schritt nach vorwärts.

Bodenreform und Landwirtschaftsplan

Aber diese Einzelmaßnahmen genügen nicht. Es ist notwendig, eine großartige Planung durchzuführen, um die Grundlagen zu schaffen, daß Monat für Monat und Jahr für Jahr eine wirkliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft möglich wird. Wir haben in der sowjetisch besetzten Zone für diesen Ausweg aus der Ernährungsnot zwei Grundpläne in Angriff genommen. Zunächst die Durchführung der Bodenreform, die Ausarbeitung und Durchführung des Landwirtschaftsplanes.

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß die Voraussetzung sowohl für die Bodenreform wie für die Durchführung des Landwirtschaftsplanes die Zerschlagung der alten Reichs- und Landesorganismen war. Man muß sagen, daß die Bodenreform durch die Aktivität der demokratischen Selbstverwaltungsorgane, durch die Aktivität der Bauern- und Landarbeiter innerhalb dreier Monate durchgeführt wurde. Die Bauern und Landarbeiter haben bewiesen, daß sie von der Neugliederung der Landwirtschaft mehr verstehen, als sehr viele von den Fachleuten, die in hohen Ämtern gesessen haben.

1. Gartenmäßige Bodenbearbeitung

Warum stelle ich die Frage der Bodenreform an die Spitze der Maßnahmen für die Lösung der Ernährungskrise? — Deshalb, weil nur durch den Übergang zur intensiven landwirtschaftlichen Produktion, nur durch den Übergang zur gartenmäßigen Bodenbearbeitung die Möglichkeit besteht, aus den Ernährungsschwierigkeiten herauszukommen. Nur dadurch, daß die Privatwirtschaft der kleinen Bauern gefördert wird, ist es möglich, in schnellerem Tempo auch die Viehwirtschaft wieder aufzubauen.

2. Demokratie im Dorf

Im Zusammenhang mit der Bodenreform steht die Entwicklung der Demokratie im Dorf, die Entwicklung der „Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe.“
Wir haben eine grundlegende Veränderung im Dorf erreicht: an Stelle des Kommandos der alten Großgrundbesitzer sind die Organe der gegenseitigen Bauernhilfe, d. h. die Verteilungsorgane der Kleinbauern und Mittelbauern getreten. Sie werden zur stärksten ökonomischen Kraft im Dorf, denn sie verfügen über die Geräteverwaltungen, verfügen über Zuchtstationen usw., und dort, wo infolge des Krieges diese Zuchtstationen und Geräteverwaltungen erst schwach entwickelt sind, wird in der nächsten Zeit alles getan werden, diese Stellen zu entwickeln, um die landwirt-

Bezirk Magdeburg gegen die Spalier

Nach der Berichterstattung durch den Bezirkssekretär Gen. Prübenau von der Tagung des Parteiausschusses am 12. März 1946 nahme die versammelten Sekretäre des Bezirksverbandes Magdeburg zu den letzten Ereignissen in der Berliner Sozialdemokratie Stellung.

Einmütig lehnte der erweiterte Bezirksausschuß die Versuche organisierter Spaltungstendenzen energisch ab. Er ist der Auffassung, daß damit den kapitalistischen Drahtziehern Vorschub geleistet wird. Er fordert den Ausschluß der organisierten Spalier.

Die Sekretäre versprechen, sich mit ganzer Kraft allen Spaltungstendenzen entgegenzustellen und für die Einheit der Arbeiterklasse einzutreten.

schaffliche Produktion der Klein- und Mittelbauern schneller zu fördern.

Wir können sagen, daß durch die demokratische Entwicklung im Dorfe alle Kräfte der werktätigen Bauernschaft zur Entfaltung kommen. Es wird durch die intensive Ausnutzung nicht nur jedes Stück Boden bebaut, sondern jedes Stück Boden intensiv bebaut.

3. Freier Markt

Aber wir sind weiter gegangen. Wir haben Schluß gemacht mit den alten Nazimethoden der Landwirtschaftspolitik, wobei den Bauern alles weggenommen wurde. Wir gehen von dem Grundsatze aus:

Der Bauer muß zu Beginn des Erntejahres wissen, wie hoch sein Ablieferungslohn ist.

Das heißt, der Bauer muß wissen: wenn er seine Ablieferungsleistung erbracht hat, kann er seine übrigen Produkte frei auf dem Markt verkaufen. Das Ablieferungsmaß muß festgesetzt werden, daß den Bauern die Möglichkeit des freien Verkaufs von Produkten gegeben ist.

Wir wissen, daß im ersten Jahr nach dem Hitlerkrieg dieses Prinzip nicht überall durchgeführt wurde, weil die Folgen des Krieges das erschwerten. Aber unsere Aufgabe ist es, im nächsten Landwirtschaftsjahr alles zu tun, damit dieses Prinzip durchgeführt wird. Der Bauer soll zu Beginn des Jahres wissen, was er abzuliefern hat. Wir wollen, daß er sich anstrengt und einen möglichst hohen Ertrag auf dem Boden herausschüttelt, damit er möglichst viel zusätzliche Produkte auf dem freien Markt bringen kann. Niemand hat das Recht, über das Ablieferungsmaß hinaus dem Bauern neue Auflagen zu machen.

4. Arbeiter helfen den Bauern

Wir sind dazu übergegangen, die enge Verbindung der Bauernschaft und der Arbeiterklasse herzustellen. Mit Hilfe der Freien Gewerkschaften ist es gelungen, die Bauern mit landwirtschaftlichen Geräten zu beliefern, bestimmte Betriebe festzulegen, die landwirtschaftliche Geräte und Maschinen produzieren, die die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe mit landwirtschaftlichen Geräten beliefert werden können.

5. Bewahrung jedes Stückchens Bodens

Wir sind dazu übergegangen, alle Kräfte der Parteien und Gewerkschaften zu mobilisieren, in diesem Frühjahr jedes Stück Boden angebauet wird. Es darf keinen Garten, keine Rasenfläche geben, wo nicht irgendwie Gemüse usw. angebauet wird. Das ist notwendig im Interesse der Sicherung unserer Volksernährung.

Wie ist die Lage in der Industrie?

Wie ist die Lage in der Industrie? Wenn wir vom Neuaufbau der Industrie sprechen, so müssen wir hervorheben, daß es die Ingenieure, Techniker, Angestellten und die Arbeiter waren, die nach dem Sturz des Hitlerfaschismus buchstäblich zwischen den Trümmern begannen, die Betriebe wieder in Gang zu bringen.

Alle diese Maßnahmen, die damals eingeleitet wurden, genügen heute nicht mehr.

Deshalb hat das Zentralkomitee unserer Partei ein Wirtschaftsprogramm für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft ausgearbeitet. Das Programm geht

Erstens davon aus, daß die Wirtschaft der Befriedigung der friedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung dienen muß und daß eine Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Leichtindustrie notwendig ist.

Zweitens: soll der Neuaufbau gleichzeitig die demokratische Entwicklung sichern indem die Betriebe der Kriegsinteressenten den Landesverwaltungen übergeben werden. Durch wird es den Kriegsinteressenten unmöglich gemacht, noch einmal ihre materiellen Machtmittel zur Wiederholung ihrer Kriegspolitik auszunutzen.

Drittens: Die Leitung und Kontrolle der Wirtschaft soll in den Händen der staatlichen Selbstverwaltungsorgane liegen, die durch ihre

Wirtschaftsplanung die richtige und vollständige Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten und der Rohstoffe und die Verteilung der Waren organisieren.

Viertens: In der Erkenntnis der Tatsache, daß der Neuaufbau nur bei einer vollen Entfaltung aller Volkskräfte möglich ist, ist es erforderlich, das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften nicht nur im Betrieb, sondern in allen Wirtschaftsorganisationen zu sichern.

Jeder von euch weiß, mit welchen Schwierigkeiten wir bei der Durchführung dieser Aufgaben zu kämpfen haben. Er lehnt sozusagen an allem. Es gibt viele Advokaten, die versuchen, die Eigentumsinteressen der Kriegsinteressenten zu verteidigen und die für sie den Kampf um die Wiedererlangung der beschlagnahmten Betriebe führen.

In brüderlicher Verbundenheit

Das Hilfswerk der Provinz Sachsen stiftete im Zeichen der brüderlichen Verbundenheit mit den Angehörigen der bedauernswerten Opfer des Grundunglücks bei Dortmund 100.000 RM.

Wenn diese Hilfe auch nicht den unersetzlichen Verlust von Menschenleben ausgleichen kann, so dürfte sie doch geeignet sein, über die dringende Not hinwegzuhelfen.

Es wurde die Frage gestellt, daß es noch unklar ist, wer gegenwärtig im Besitz der Betriebe der Kriegsinteressenten ist. Ich glaube, die Frage ist klar.

In der Bergbauindustrie ist bereits eine Klärung dieser Frage erfolgt, indem die Bergbaubetriebe, die den Kriegsinteressenten gehörten, in der sowjetisch besetzten Zone durch besondere Gesetze an die Landesverwaltungen übergeben wurden. Diese Gesetze trüben auf der Tatsache, daß die Kohlenbarone durchweg nicht nur den Hitlerfaschismus mit zur Macht gebracht, sondern ihn bis zu Ende unterstützt

Die beschlagnahmten Betriebe

Der Präsident der Landesverwaltung Sachsen hat den Vorschlag mit Artikel 36 der alten sächsischen Verfassung begründet. Dort heißt es:

„Wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl ein Gesetz begehrt, so muß das Gesamtministerium den Volksentscheid herbeiführen. Verlangt das Volk begehren ein Gesetz, so muß ihm ein Gesetzentwurf mit Begründung beigelegt sein.“

Auf der Grundlage des § 36 der früheren sächsischen Verfassung ist es möglich, ein solches Gesetzgehren über die Übertragung der Betriebe der Kriegsinteressenten — das bezichtigt sich selbstverständlich nur auf die größeren Betriebe — an die Landesverwaltung durchzuführen.

Daraufhin wurde bei der sowjetischen Besatzungsbehörde angefragt, wie sie mit der Weiterführung der beschlagnahmten Betriebe zu handhaben gedanke. Wir wissen sehr gut,

haben. Aus dem Grunde mußte im Interesse der Sicherung der Demokratie die Übergebung dieser Betriebe an die Landesverwaltung erfolgen.

Was die anderen Betriebe betrifft, die Kriegsinteressenten gehörten, und die heute von der Besatzungsbehörde oder auch von der Landesverwaltung beschlagnahmt wurden, so glauben wir, daß wir gewisse Vorschläge, die die sächsischen Genossen gemacht haben, prüfen müssen, um hier die wirtschaftliche Entwicklung durch bestimmte gesetzliche Maßnahmen zu fördern.

Die sächsischen Genossen, der Präsident der Landesverwaltung, Friedrichs, Genossen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei haben die Frage gestellt, ob es nicht möglich sei, die Frage der Übertragung der Betriebe der Kriegsinteressenten an die Landesverwaltung durch ein Volksbegehren und einen Volksentscheid rechtlich zur Entscheidung zu bringen. Auf Grund dieses Vorschlages ist eine Anfrage an die sowjetische Besatzungsbehörde gerichtet worden.

Marschall Shukow hat geantwortet, daß, wenn in einzelnen Ländern von einer genügend großen Zahl demokratischer Kräfte der Wunsch nach einem Volksbegehren, betreffend Übertragung der Betriebe der Kriegsinteressenten an die Landesverwaltung, geäußert wird, die sowjetische Besatzungsbehörde gegen ein solches Volksbegehren und gegen einen Volksentscheid keine Einwendungen erheben werde. (Lebhafter Beifall.)

daß diese beschlagnahmten Betriebe im Grunde genommen Besitz der sowjetischen Besatzungsbehörde sind; denn diese Betriebe sollen eigentlich als Ersatz für die Betriebe dienen, die die deutschen Truppen in der Sowjetunion zerstört haben.

Die sowjetische Besatzungsbehörde hat erklärt lassen, daß sie bereit ist, den größten Teil dieser Betriebe dem Volke zur Verfügung zu stellen, das selbst entscheiden möge, wem sie übergeben werden. (Beifall.)

Wir sind Marschall Shukow dankbar — und ich glaube, alle demokratischen und kommunistischen Kräfte werden Marschall Shukow diesen Dank aussprechen — für das Verständnis, das er der Lage entgegenbringt, in der sich unsere Bevölkerung gegenwärtig befindet, und für die Hilfe, die er uns durch diese Erklärungen in der demokratischen Entwicklung und beim demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft leistet. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wirtschaftsplanung und Verwaltung

Wie stellen wir uns unter diesen Bedingungen die Organisation des Neuaufbaus der Wirtschaft vor?

Wir schlagen vor und stellen diese Frage vor allen antifaschistischen Demokraten zur offenen Aussprache, daß die Wirtschaft von den Landesverwaltungen geleitet wird, daß bei den Landes- bzw. Provinzialverwaltungen ein Planungsamt geschaffen wird, um die Planung und Lenkung der Produktion, die Rohstoffzuteilung, die Kontrolle der Reparationslieferungen und die Planung der Verteilung obliegt, daß bei den Landesverwaltungen die Abteilung für Industrie und Brennstoff ausgebaut wird, die die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß die Produktionsaufträge verteilt und richtig durchgeführt werden, daß weiter die Abteilung für Handel und Versorgung vor allem mithilft, daß das Handwerk entwickelt wird, daß eine gerechte Verteilung der Produkte erfolgt und entsprechend den Beschlüssen des Planungsamtes die Aufgaben der Verteilung gelöst werden. Weiter soll die Finanzabteilung in ihren Plan die grundlegenden Produktionsaufgaben zur Grundlage ihrer gesamten Finanzpolitik nehmen.

Im Interesse einer planmäßigen Durchführung des Neuaufbaus hatten wir es für notwendig, daß das

System der Provinzialbanken,

also der Banken staatlichen Charakters, ausgebaut wird, daß mit diesen Banken jene Privatbanken, wie Gewerkebanken, Handwerksbanken, also Banken lokalen Charakters, die von der Besatzungsbehörde zugelassen sind, eine aktive Hilfe bei der Finanzierung der neuen großen Produktionsaufgaben leisten.

Die Durchführung dieser Aufgaben der Wirtschaftsorgane macht es andererseits notwendig, die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern als beratende Organe der Wirtschaftsabteilungen mehr noch als bisher mit neuen antifaschistisch-demokratischen Fachleuten zu besetzen und die Reorganisation und Demokratisierung dieser Körperschaften entschieden durchzuführen. Vor allem muß gesichert werden, daß die Gewerkschaften und die Abteilung für Wirtschaft und Arbeit in den Industrie- und Handelskammern entscheidenden Einfluß bekommen. Wir sind der Meinung, daß auf diesem Wege der Wirtschaftsplanung und des Neuaufbaus der Wirtschaft es möglich sein wird, die ganze Volkswirtschaft zu entfallen, damit die Produktion gesteigert,

die Bevölkerung besser versorgt wird und damit die Städte schneller aufgebaut werden.

Die Reorganisation des Handels

Dabei wird es weiter notwendig, gewisse Reorganisationsmaßnahmen auf dem Gebiet des Handels durchzuführen.

In Verbindung mit der Übernahme der Betriebe der Kriegsinteressenten durch die Landesverwaltungen, an landeseigenen Betriebe schlagen wir vor, Handelskontoren zu schaffen, an denen zu 15 Prozent staatliches Kapital und zu 49 Prozent privates Kapital beteiligt ist. Wir schlagen vor, daß in jedem Lande bzw. in jeder Provinz ein Handelskontor, ein Industriekontor und ein Kontor für geschäftliche und andere ähnliche Organe für die einzelnen Bezirke geschaffen werden, die alles das durchführen, was in dem betreffenden Bezirk zur Verteilung der Waren erforderlich ist.

Durch dieses Zusammenwirken staatlicher Lenkung und privater Handelsinteressen glauben wir eine wirklich gerechte Verteilung der Produkte und einen breiten Handelsapparat zu schaffen und gleichzeitig eine weitgehende freie Initiative des privaten Handels zu gewährleisten.

Zusammenfassung der Grundsätze des Aufbauplanes

Zusammenfassung möchte ich hervorheben, daß wir im Zusammenhang mit diesem Wirtschaftsplan in Zukunft Betriebe verschiedenen Charakters in der sowjetisch besetzten Zone haben werden:

1. Betriebe staatlichen Charakters,

das sind frühere Staatsbetriebe und Betriebe, die Kriegsinteressenten gehört haben und jetzt den Landes- und Provinzialverwaltungen übergeben werden.

2. Kommunale Betriebe,

d. h. Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und sonstige kommunale Versorgungsbetriebe.

3. Privatkapitalistische Betriebe,

die sich gegenwärtig zahlenmäßig in der Mehrheit befinden.

4. Handwerksbetriebe,

deren Förderung besonders notwendig ist. Wir sind der Meinung, daß dieser Neuaufbau der Wirtschaft einen großen demokratischen Fortschritt darstellt.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Zeit ruft die Frauen

Neben der Umstellung der Wirtschaft auf die Friedensproduktion gilt jetzt alle Kraft dem Wiederaufbau der zerstörten Betriebe, Brücken, Verkehrswege usw.

Frauen, wir brauchen euch beim Aufbau unseres jetzigen Deutschlands, das besteht ist, bald wieder in die Gemeinschaft der Völker eingereiht zu werden.

Sammelaktion in Braunsbedra

Auf Grund einer Sammelaktion wurden mit Unterstützung des Frauenausschusses und der Schuljugend folgende Sammelergebnisse erzielt: 32 Kleidungsstücke für Männer, 56 Kleidungsstücke für Frauen, 176 Kleidungsstücke für Kinder.

Außerdem wurden noch 485 kg Flickens und eine große Anzahl Flaschen gesammelt. Die gesammelten Kleidungsstücke werden bedürftigen Umsiedlern und sonstigen mittellosen Personen zur Verfügung gestellt.

Dieses vorbildliche Ergebnis beweist, daß der Sinn und Zweck der Sammlung richtig verstanden wurde und der Aufruf auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Wollen (Kreis Bitterfeld). Einen Beweis der Solidarität in den Opfern des Hitlerfaschismus gab die Belegschaft, und Betriebsleitung der Agfa-Filmfabrik. Es wurde die beachtliche Summe von 15.145,- RM gesammelt.

Wanleben am See. Vor einigen Tagen wurde im Lokal „Seebad“ eine Kundgebung abgehalten. Es sprachen die Genossen Worlitz (Halle) und der Landrat Genosse Glaubrecht (Eisleben).

VIII. Ausführungsbestimmung

zur Bodenreform in der Provinz Sachsen über die weitere Aufteilung der Wälder der enteigneten Güter vom 2. Februar 1946.

Nach der IV. Ausführungsbestimmung über die Aufteilung der Wälder der enteigneten Güter sind 55 000 ha Wald an die Bauern aufzuteilen. In Ergänzung und Abänderung der IV. Ausführungsbestimmung ordnet sich folgendes an:

- 1. Bauern, die eine Wirtschaft bis zur Größe von 15 ha besitzen, können in der Bodenreform bis zu 3 ha Wald insgesamt ...
2. Die Verteilung und Abgrenzung der an die Bauern zu übergebenden Waldflächen erfolgt durch die Gemeindebodenkommission ...
3. Die Bauern sind berechtigt, die erworbenen Waldflächen nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen zu holzen und zu roden ...
4. Die Aufteilung des Waldes gemäß vorstehender Bestimmungen einschließlich der örtlichen Vermarkung sowie die Festsetzung der Katastralleistung bis zum 20. Februar 1946 abgeschlossen sein.
5. Vorstehende Bestimmungen treten mit dem 1. Februar 1946 in Kraft.

Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI

„Ja, siehst du, die Schuld hat derjenige, der zuerst gesagt hat: Das gehört mir! Dieser Mensch ist schon vor einigen tausend Jahren gestorben, und es hat weiter keinen Zweck, auf ihn zu sein, erwidert der Kleinrusse...

Mit neuen Kräften in die Produktion

Mit dem Zusammenbruch der Naziherrschaft war auch die Belegschaftsstärke der Maschinenfabrik C. H. Wermser, Staßfurt, auf 35 Mann einschließlich der Lehrlinge zusammengeschrumpft und das Werk außerdem durch die Verfallung des Betriebsbezugs ohne technische Leitung...

Am 8. Mai lief der Betrieb bei dieser kleinen Zahl von Belegschaftsmitgliedern um. Allen Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben, wurde anfangs nur 6 Stunden am Tage gearbeitet.

Lehrgänge für Kommunalpolitik

Quedlinburg. Aus der Erkenntnis heraus, daß eine vernünftige, auf Sachkenntnis beruhende Kommunalpolitik eine der wichtigsten Grundlagen für den erfolgreichen Aufbau unseres neuen demokratischen Staatesweseins ist, haben die Quedlinburger Unterbezirksleitung der SPD und die Kreisleitung der KPD gemeinsam eine Einrichtung getroffen...

Diese Lehrgänge, die zunächst ein Vierteljahr dauern sollen, sehen Vorlesungen über Polizei-, Staats-, Straf- und Bürgerliches Recht, Zivilprozedur, Gerichtsverfassung, Steuerrecht, Gemeindeordnung, Kassen- und Rechnungswesen, Wohlfahrtsfrage, Bauwesen, Wirtschaftsförderung und Ausbau wirtschaftlicher Betriebe, Ständesamt, Verwaltungskunde, Schul-, Presse- und Gesundheitswesen vor.

Trojaning-Spiegel

Plessa. Der Ortsverein der SPD hielt eine öffentliche Versammlung ab. Gen. Haack eröffnete die Versammlung und begrüßte die neu hinzugekommenen Mitglieder. Nach Erledigung der laufenden Angelegenheiten wurde zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, besonders zum Programm der SEDP und dem Statut, Stellung genommen.

Sundhausen. Eine Reihe wichtiger Fragen wurde in der Jahreshauptversammlung der SPD besprochen: Beseitigung der Hochwasserschäden, Haushaltsplan für das nächste Jahr, die Rede auch zu gegenseitigem Gedankenaustausch und verkörpert in ihrem Tun die große Einheit, die wir alle erstreben.

Wernigerode. Die SPD veranstaltete eine öffentliche Mitgliederversammlung. Die vorbereitende Arbeit wurde durch das Städtische Orchester, leitete den Abend ein. Hieran schloß sich eine Rezitation von Werner Krynitz. Der 1. Vorsitzende, Genosse Betsch, nahm dann die Besprechung der Parteiverfahren vor.

wieder eine Belegschaftszahl von insgesamt 102 Personen vorhanden. Im Winterhalbjahr wurden, soweit es das vorhandene Material aus dem Apparatebau erlaubte, kleine Kanonen-öfen mit zwei Kochstellen fabriziert, die in großer sparsamer Erhebung manchem Käufer in dieser Zeit des Kohlenknappheits gute Dienste geleistet haben.

Mit der Einstellung neuer Fachkräfte und Einbreitung zurückgekehrter früherer Arbeitskollegen ist der Betrieb heute in der Lage, den notwendigen Bedarf an Apparaten und Ersatzteilen für die Kall- und chemische Industrie in der sowjetischen Zone zu decken.

Die Betreuung der Jugendlichen im Betrieb erfolgt durch einen gewählten Jugendausschuß mit Unterstützung des Betriebsrats. Der Ausschuß des guten Geistes innerhalb der Belegschaft ist die hundertprozentige gewerkschaftliche Organisation. Von dem Gedanken des Sozialismus erfaßt, verteilen sich 60 Prozent der Belegschaft des Betriebes auf die beiden Arbeiterparteien.

Ausgezeichnete Fachkräfte haben sich als Dozenten für die Durchführung dieses umfassenden Lehrplanes zur Verfügung gestellt, so daß die Gewähr dafür geboten ist, daß die Teilnehmer an den Kursen, die übrigens völlig kostenfrei sind, auch wirklich mit der Materie vertraut werden. Damit auch allen Interessierten aus den Gemeinden Gelegenheit gegeben ist, diese Lehrgänge zu besuchen, hat man als Schulungsorte die zwei für die verschiedenen Bezirke des Kreises zentral gelegenen Städte Quedlinburg und Thale und die Dörfer Gatersleben und Schneidlingen bestimmt.

Der Aufgabe, der sich beide Arbeiterparteien im Kreise Quedlinburg mit dieser Einrichtung unterzogen haben, kommt vor allem deshalb besondere Bedeutung zu, weil den im Zuge der Neuordnung des Verwaltungswesens neubesetzten Angestellten das notwendige fachliche Wissen vermittelt wird. Die mehrjährige Praxis wird dann zeigen, wie das Theoretische anzuwenden ist, Lehrkräfte und Schüler aus beiden Parteien finden sich jetzt in der Zusammenarbeit, die Rede auch zu gegenseitigem Gedankenaustausch und verkörpert in ihrem Tun die große Einheit, die wir alle erstreben.

Wernigerode. Die SPD veranstaltete eine öffentliche Mitgliederversammlung. Die vorbereitende Arbeit wurde durch das Städtische Orchester, leitete den Abend ein. Hieran schloß sich eine Rezitation von Werner Krynitz. Der 1. Vorsitzende, Genosse Betsch, nahm dann die Besprechung der Parteiverfahren vor.

Sundhausen. Eine Reihe wichtiger Fragen wurde in der Jahreshauptversammlung der SPD besprochen: Beseitigung der Hochwasserschäden, Haushaltsplan für das nächste Jahr, die Rede auch zu gegenseitigem Gedankenaustausch und verkörpert in ihrem Tun die große Einheit, die wir alle erstreben.

Pleieritz. Beide Arbeiterparteien hielten zur gleichen Stunde ihre letzte selbständige Mitgliederversammlung ab, um dann in einer gemeinsamen Feiernacht die organisatorische Vorbereitung für die Vereinigung zu treffen. In den beiden Referaten der Genossen Bäcker (SPD) und Plattner (KPD) wurde erneut der ehrliche Wille zur Einheit und die unbedingte Notwendigkeit der Vereinigung in der Einheit der Arbeiterpartei zum Ausdruck gebracht.

Wichtige Fahrplanmitteilung

Ab Montag, dem 18. März, werden auf der Strecke Leipzig-Eilenburg zur besseren Bedienung des Berufsverkehrs die Züge P 502 W, 509 und 509 ab Sonntagabend wie folgt verkehren: P 502 W ab Leipzig ab 16.05 Uhr, Leipzig ab 16.54 Uhr, P 509 ab Leipzig ab 17.15 Uhr, Eilenburg ab 18.04 Uhr, P 509 ab Sa Leipzig ab 21.00 Uhr, Eilenburg ab 21.45 Uhr.

Sportberichte

Jugendsport. Eine Stadionswaffen hat München. Um das Zusammenreißen der Handballer zu verhindern, am 24. März die Farben Baller in Berlin vertreten wird, findet am 17. März in München ein Spiel gegen die dortige, sehr starke Jugendmannschaft statt. Es ist ein sehr interessantes Handballspiel wird beobachtet werden.

Handball am Sonntag. Fichtelplatz Halle - Süd (Merseburger Straße): 12 Uhr Fichte Frauen gegen Köthen Frauen; 14 Uhr Fichte I. Männer gegen Köthen I. Männer.

Sportplatz Diemitz. 15 Uhr Diemitz I. Männer gegen Lettin I. Männer. Sportplatz Seeben. 15 Uhr Seeben Männer gegen Reideburg Männer.

Gleichenstein I gegen Merseburg West I. Mit Merseburg West erscheint am kommenden Sonntag erstmalig ein Gegner unserer Nachbarstadt auf hallischen Fußballfeldern. Diese technisch gute und schlagkräftige Mannschaft sollte für unsere Gleichensteiner nicht leicht zu setzender Partner sein. Unser Vertreter aus dem Norden meldet zu diesem Spiel seine stärkste Besetzung, und es ist damit Gewähr für einen spannenden Kampf geboten.

Moritzburg I gegen München I. Am kommenden Sonntag stehen sich auf dem Sportplatz Eisenstraße obige Mannschaften gegenüber. München ist nicht leicht zu setzender Partner und hat in letzter Zeit beachtliche Resultate erzielt. Auch Moritzburg hat ihre stärkste Elf aufgestellt, so daß mit einem interessanten Spiel zu rechnen ist. Beginn um 15.30 Uhr im Vorplatz stehen sich Gehölzen I gegen München II gegenüber. Beginn um 14 Uhr.

Kreis Bitterfeld: Bitterfeld I - Jöhnitz I, Holzweißig I - Petersroda I, Delitzsch I - Krostitz I, Rotzsch I - Rehne I, Siegfrieder I - Ramin I, Grehpin I - Föhrenberg I, Wölsch I - GutsMuths I, Jöhnitz I - Zöberitz I, Zscheröder I - Ysaalheim I, Golpa I - Friedersdorf I, Zachornewitz I - Grafenbähnichen I, Müldenstein I - Mühlbeck I, Döben I - Groppe I, Groppe I - Groppe I - Pouch I. Vorher die unteren Mannschaften.

Am vergangenen Sonntag fand in Auleben ein spannendes Fußballspiel zwischen Garschach und Auleben statt. Bereits nach sechs Minuten konnte Garschach durch zwei Überwachungsstöße in Führung gehen. Das Spiel endete trotz starker Überlegenheit der Auleben, die ein großes Schüchbögen durch einen Unentschieden 2:2. Die Jugend Aulebens konnte nach einem ebenfalls flossigen Spiel mit einem 3:1-Sieg über die Jugend von Garschach den Platz verlassen. Die Einnahmen zu diesem Spiel werden dem Bauverein der Provinz Sachsen zur Verfügung gestellt.

Tröglitz

In einer vom Frauenausschuß einberufenen öffentlichen Versammlung sprach Genossin Krieger (Droybig) über die Gleichberechtigung der Frau. Sie schilderte einleitend die unklare Gleichberechtigung und Mitbestimmung der Frau bei der Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und wies dann darauf hin, wie schon in der Nachkriegszeit die Frauen an verantwortlicher Stelle in praktischer Arbeit wie in den Frauenausschüssen ihre Pflicht voll getan haben. Auch in Zukunft müssen die Frauen alles tun, damit nie wieder solch ein Krieg über unser Volk und die übrige Welt kommen kann.

„Woran“ fragte der Kleinrusse schnell.

„Daß er dumm ist!“ Wessowtschikow gab ihm keine Antwort und ging fort. Der Kleinrusse schritt langsam und müde im Zimmer auf und ab, mit seinen dünnen Spinnenbeinen leise schorrend. Die Stiefel hatte er wie immer ausgezogen, um keinen Lärm zu machen und die Wassows nicht zu stören. Aber als schlief nicht, und als Nikolai erwiderte: „Ich habe Angst vor ihm!“ „Ja-a!“ erwiderte der Kleinrusse gedehnt. „Ein aufgeregter Junge. Sie sollten nicht mit ihm über Issal reden, Mütterlein...“

„Da ist sie!“ rief der Kleinrusse.

Die Mutter sah, wie Pawel sich schnell umwandte, und daß in seinem Gesicht ein verzerrtes, schmerzhaftes Lächeln zu sehen war. „Da bist du nun...“ wieder zu Hause... murmelte sie ganz verwirrt von der Überraschung und setzte sich nieder. „Weil beugte er sich zu ihr herab, in seinen Augenwinkeln schimmernten ein paar helle, kleine Tränen, und seine Lippen zitterten. Er schwieg einen Augenblick, und die Mutter blickte ihm ebenfalls schweigend an. Der Kleinrusse ging leise pfeifend mit geknicktem Kopf an ihnen vorbei und trat auf den Hof. „Ich danke dir, Mama!“ begann Pawel mit tiefem Seufzer und drückte ihre Hand mit seinen zitternden Fingern. „Ich danke dir, Liebel!“ Von dem Gesichtsausdruck und der Stimme ihres Sohnes freudig erschüttert, streichelte sie seinen Kopf, unterdrückte ihr heftiges Herzlochen und sagte leise: „Christus, mit dir...“ „Weshalb!“ „Ich danke dir dafür, daß du uns bei unserem großen Werk behilflich bist!“ sagte er. „Wenn jemand eine Mutter sein eigen nennt, die ihm auch geistig nahe steht — so ist das ein seltenes Glück!“ Sie sog seine Worte schweigend und beugte sich ein und schweigelt im Anblick ihres Sohnes, der so strahlend und ihrem Herzen so nahe vor ihr stand. „Ich habe gesehen, Mama, daß vieles dich kränkt, deine Seele schmerzt. Ich dachte, du würdest dich niemals mit uns ausöhnen, unser Gedanken nie als deine eigenen annehmen, sondern nur schweigend dulden, wie du dein eigenes Leben lang getan hast. Das war schwer!“ „Andruschka hat mich viel verstehen gelehrt.“ „Ich hab mir von dir erzählt!“ sagte Pawel lächelnd. (Fortsetzung folgt)

Ein Vortrag von grundlegender Bedeutung in der Musterschau

Totengedenkfeier

An den Gräbern der Kämpfer und Opfer der halleischen Arbeiterschaft aus den Jahren 1919 bis 1945...

Märzkundgebung

Lebensmittelkarten gut verwahren!

Es liegt Veranlassung vor zu dem Hinweis, daß für den Verlust geratene Lebensmittelkarten kein Ersatz geleistet werden kann...

Das große Los

Die Ziehung der 2. Wiederaufbau-Lotterie hat am 11. und 12. März in Halle stattgefunden. Der Hauptgewinn von 10 000 Reichsmark fiel auf die Nummer 102 508.

Halle und die Leipziger Messe

In der Vorlesungszeit strahlte die Leipziger Messe bis nach Halle hinüber aus. Man merkte das vor allem an dem starken Zugverkehr. Unser Anteil an diesem Großbetrieb in der Messe ist ebenfalls ohne systematische Planung...

Vorbildliche Spendenfreudigkeit

Die Aktion „Rettet die Kinder“ läuft ununterbrochen weiter. Die fortlaufend bei uns eingehenden Berichte über die Ergebnisse der Spendensammlungen zeigen immer wieder, daß die Hilfsbereitschaft für die Einsatz immer mehr durchdringt...

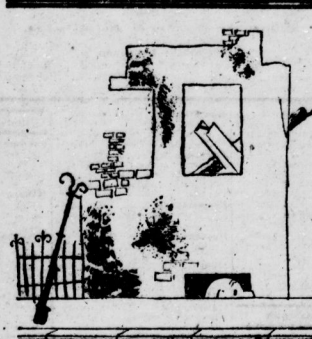
Das Baugeschäft

Das Baugeschäft in Halle ist im ersten Quartal 1946 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Jahres 1945 um 100 Prozent gestiegen. Durch die Freisetzung des Baugewerks sind folgende Firmen dem Hilfsrat der Provinz Sachsen für „Rettet die Kinder“ zugeteilt...

Neuer Geist in den Betrieben

Am 14. März in der monatlich stattfindenden Belegschaftsversammlung der Firma, brachte der Betriebsrat weitere Anregungen zur Kenntnis. In den Urlaubsfragen ist dann weitgehendsten Verständnisses der Betriebsführung für die Handwerker...

Im Rahmen der Vortragsreihe in der Sächsischen Musterschau hielt Landrat Dr. Hoernigk einen aufschlußreichen Vortrag über die Neugestaltung der Sozialversicherung...



„Und dafür haben wir unsere Hauszinssteuer zehn Jahre im Voraus bezahlt“

Änderung des Gasstarfes

Der Gasstarf für Haushaltungen, der seit 1941 in Kraft ist, sieht in seinem Aufbau verschiedene Preiszonen entsprechend dem Verwendungszweck vor.

Morgendlich über 500 000 Kinobesucher

Für die halleische Bevölkerung spielen täglich zehn Lichtspieltheater, von denen die Schauburg in der Große Steinstraße mit 1057 Sitzplätzen die größte und längste Unternehmen ist.

Weiterbericht vom 15. März

Weiterlage: Ueber Westeuropa baut sich ein deutscher Hochdruckkeil auf, der langsam ostwärts wandert. Bei schwacher Luftbewegung verbleibt Deutschland dabei weiterhin im Bereich von Hochdruckkeil.

1. Mai 1946: Tag der Einheit

Eine Betriebsgruppenversammlung im Kräfte- und Treuehaufe befähigte sich außer mit den betrieblichen Fragen auch mit dem politischen aktuellen Problem: Schaffung der SEPD. In einer Entscheidung, die einstimmig angenommen wurde, fordert die Belegschaft die Schaffung der Einheitspartei.

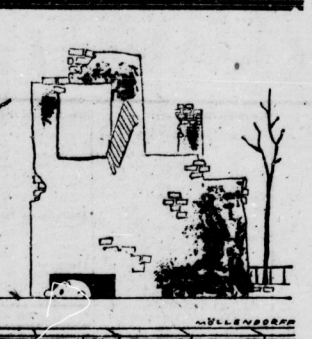
Bauarbeiter säubern die Betriebe

Die kürzlich versammelte Belegschaft der Firma Bauwens, Bauunternehmung Halle, anerkannte die Beschlüsse der Berliner Zonenkonferenz sowie die Vorschläge für die Satzungen des FDGB und des Betriebsratsgesetz. Die Vereinigung der Arbeiter in der SEPD wurde als notwendige politische Schlussfolgerung einstimmig begrüßt.

Verband der Bühnengehörigen, Fachgruppe Musik

Am Sonntag, dem 17. März, erfolgt die Wahl der Sektionsleiter für die Sektionen der Ensemble- und freischwebenden Musiker, der konzertierenden Künstler und Musiklehrer im Verbandsschaftsamt, März 42-44, Hof II, Zimmer 80. Mitgliedskarte ist mitzubringen.

bisherigen Gesetze zu behelfen, soweit in einzelnen Gebieten die Sozialversicherung nicht überhaupt vorübergehend stillgelegt worden war. Trotz aller zum Teil beachtlichen Einzelerfolge bei der Wiedererrichtung der Sozialversicherung war man sich in maßgebenden Kreisen darüber klar, daß ein Neuaufbau und damit eine, wenn auch noch so langsame wirkliche Gesundung der Sozialversicherung nur durch eine zentrale Regelung angestrebt werden müsse.



„Und dafür haben wir unsere Hauszinssteuer zehn Jahre im Voraus bezahlt“

„Lenin im Oktober“

Dieser historische Film über die große sozialistische Oktoberrevolution aus dem Jahre 1917 lief in Halle bereits im November über die Leinwand. Wir haben seinerzeit darüber berichtet und nun erneut festgestellt, daß es sich durchaus lohnt, den Film auch ein zweites Mal zu betrachten. Nur wenige sind heute in der Lage, Bücher über diese historischen Vorgänge lesen zu können, aus dem ganz einfachen Grunde, weil von den Nazis gerade diese Literatur nahezu restlos vernichtet worden ist.

Kulturstunde der Jugend

Am Sonntag, dem 12. März, 10.30 Uhr, veranstaltet die Kulturabteilung der „Freien Deutschen Jugend“ (fdj) in ihrem Saal im August-Bebel-Haus eine Kulturstunde der Jugend.

„Eva“ — einmal anders

Mit der modernen Operette von Nico Dorfa „Eva im Abendkleid“ kehrt die Landesbühne der Provinz Sachsen in der Saalhofbühnen ihren neuen Spielplan. Unter der geschickten Spielleitung von Kurt Zwarg rollte eine amüsante Liebesgeschichte vor unsere Augen, die, wie sollte es auch anders sein — mit einem happy end schloß.

Betriebsfrauenausschuss bei der HHE

Ans Anlaß des internationalen Frauentages sprach der Betriebsratsvorsitzende Mothes zu den versammelten Frauen der Halle-Hettstedter Eisenbahn. Die Bedeutung des Frauentages aufzuzeigen, ermahnte er die Frauen beim Wiederaufbau des Vaterlandes nicht abseits zu stehen. Es wurde ein Betriebsfrauenausschuss gebildet, der die Note und Wünsche der Frauen entgegenzunehmen und mit dem Betriebsrat zu klären hat.

Achtung! Richtig frankieren!

Ab 1. März sind die Porto-Sätze verdoppelt worden! Beachtet diese neue Anordnung! Ungenügend frankierte Sendungen verzögern die Zustellung. Sie kosten Zeit und Geld. Baldes wird besser für Aufbauecke verwandt.

